

**Zeitschrift:** Schweizer Hotel-Revue = Revue suisse des hotels  
**Herausgeber:** Schweizer Hotelier-Verein  
**Band:** 49 (1940)  
**Heft:** 31

**Heft**

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 15.03.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# SCHWEIZER HOTEL-REVUE

Nº 31

Basel, 1. August 1940

FACHORGAN FÜR DIE HOTELLERIE UND DEN FREMDENVERKEHR

Nº 31

Bâle, 1<sup>er</sup> août 1940

**INSERATE:** Die einspaltige Nonpareillezeile oder deren Raum 45 Cts. Reklamen Fr. 1.50 per Zeile. Bei Wiederholung entsprechender Rabatt.

**ABONNEMENT:** SCHWEIZ: jährl. Fr. 12.—, halbj. Fr. 7.—, vierteljährlich Fr. 4.—, monatlich Fr. 1.50. AUSLAND: bei direktem Bezug jährlich Fr. 15.—, halbjährlich Fr. 8.50, vierteljährlich Fr. 5.—, monatlich Fr. 1.80. Postabonnemente: Preise bei den ausländischen Postämtern erfragen. Für Adressänderungen ist eine Taxe von 30 Cts. zu entrichten.

Eigentum des  
Schweizer Hotelier-Vereins



Propriété de la  
Société Suisse des Hôteliers

Erscheint jeden Donnerstag

Neunundvierzigster Jahrgang  
Quarante-neuvième année

Paraît tous les jeudis

**ANNONCES:** La ligne de 6 points ou son espace 45 cts., réclames fr. 1.50 par ligne. Rabais proportionnel pour annonces répétées.

**ABONNEMENTS:** SUISSE: douze mois fr. 12.—, six mois fr. 7.—, trois mois fr. 4.—, un mois fr. 1.50. Pour l'ÉTRANGER abonnement direct: 1 an, 15 fr.; 6 mois, 8 fr. 50; 3 mois, 5 fr.; 1 mois, 1 fr. 80. Abonnement à la poste: demander le prix aux offices de poste étrangers. Pour les changements d'adresse il est perçu une taxe de 30 centimes.

Postcheck- & Giro-Konto No. V 85

Redaktion u. Expedition: Gartenstrasse No. 112, Basel  
Verantwortlich für Redaktion und Herausgabe: Dr. Max Riesen

TELEPHON  
No. 27934

Rédaction et Administration: Gartenstrasse No. 112, Bâle  
Druck von Emil Birkhäuser & Cie., A. G., Basel

Compte de chèques postaux No. V85

## Die Preisnormierung in der Hotellerie

Das schweizerische Gastgewerbe befindet sich wirtschaftlich in einer betrüblichen Situation. Seit den Jahren 1910—1913 weist die Entwicklung der Übernachtungen eine ausgesprochen sinkende Tendenz auf bei gleichzeitig abnehmender Ausgabefreudigkeit der Gäste. In der selben Zeitperiode haben die Leistungen qualitativ eine bedeutende Steigerung erfahren; zudem ist die Grösse des Angebotes an Fremdenbetten in der Gegenwart gegenüber den erwähnten Jahren kaum verändert. Dieses Missverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage tritt wesentlich schärfer in Erscheinung, wenn die in den letzten Jahren erfolgte starke Vermehrung der privaten Betten und die seit 1914—1918 feststellbare Zunahme des investierten Kapitals — die namentlich auf die wachsende Verschuldung zurückzuführen ist — in Betracht gezogen werden. Diese Entwicklung erfährt eine deutliche Darstellung durch folgende Indexzahlen (1894 = 100)\*:

Jahr	Betten	Übernachtungen	Investiert. Kapital	Bettenbelastung	Bettenbesetzung
1894	100	100	100	100	100
1905	140	150	146	105	107
1912	190	176	208	110	92
1919	184	153	206	161	83
1935	188	114	313	166	60

In den letzten beiden Kolonnen über die relativen Werte kommt das krasse Missverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck.

Der Anteil der festen Kosten an den Gesamtkosten der Gasthofbetriebe nahm ständig zu; er stieg von 56,7% im Jahre 1894 auf 63,6%, 68,7% und gar auf 70,7% in den Jahren 1912, 1929 und 1937. Das beweist, dass die Kostenstruktur eine beträchtliche Intensivierung des Verkehrs erfordert, aber keine Verminderung der Frequenz und noch weniger einen Zerfall der Preise gestattet hätte. Aus dieser Tatsache ist unschwer zu erkennen, dass sich das Gastgewerbe preispolitisch in einer Zwangslage befindet, die umso deutlicher in Erscheinung tritt, wenn zufolge der wirtschaftlichen und politischen Voraussetzungen keine Möglichkeit einer bedeutenden Frequenzsteigerung besteht und mit einer sinkenden Kaufkraft oder einer abnehmenden Zahlungswilligkeit der Gäste zu rechnen ist.

Es steht fest, dass die Grenze der Wirtschaftlichkeit der Anlagen im Gastgewerbe im allgemeinen bereits vor dem Kriege von 1914 erreicht war. Dies führte auch allmählich zur Erkenntnis, dass die damals herrschenden Wettbewerbsverhältnisse, namentlich die ausgeprägte Preisschleuderei, unhaltbar geworden waren. Der Schweizer Hotelier-Verein und besonders die lokalen Berufsverbände bemühten sich ungefähr seit den Jahren 1907/1908 in zunehmendem Masse,

### Ordnung in der Preispolitik

herzustellen. Es sei nur auf die obligatorische Teilnahme aller Vereinsmitglieder mit einem Minimalpensionspreis von Fr. 5.50 am Hotelführer und auf die Bedingung eines bestimmten Minimalpensionspreises für die Aufnahme in den Verein hingewiesen. 1910 erfolgte die Einsetzung eines Kontrollorgans,

\* H. Golden: Strukturwandlungen des schweizerischen Fremdenverkehrs 1890—1935. Zürich 1939, S. 289.

des sog. Ehrenrates, der die Einhaltung der veröffentlichten Preise gewährleisten sollte, 1912 wurde der Begriff Pension und die damit verbundenen Leistungen bestimmt, und 1914 wurde eine zulässige Marge zwischen den Pensions- und den Einzelpreisen für Zimmer und Mahlzeiten festgesetzt.

Diese allmählich erfolgende Umstellung in der Wirtschaftsgesinnung vermochte infolge der ausgesprochen individualistischen Einstellung der Unternehmer des Gastgewerbes dem ersten Ansturm der Kriegsjahre von 1914 und 1915 nicht zu widerstehen. Trotz allgemeiner und beträchtlicher Teuerung setzte bei abnehmender Nachfrage ein Kampf um den Kunden ein, der 1915 in der Sanktionierung einer Preisreduktion durch den Schweizer Hotelier-Verein seinen Niederschlag gefunden hat. Erst die Gründung regionaler Preiskartelle und die Einführung der Hotelbedürfnisklausel vermochten der Preisnormierung einen besseren Rückhalt zu geben. 1917 wurde die obligatorische Kontrolle der Hotelpreise eingeführt und die Minimalpreise für die Erstklasshäuser festgesetzt. Die Statutenrevision von 1918 gab dem Schweizer Hotelier-Verein die Kompetenz, für alle Sektionen und Mitglieder verbindliche Grundsätze und Minimaltarife für die Preisberechnung aufzustellen. 1919 erfolgte erstmals eine Rangeinteilung sowie die Festsetzung von Minimalpreisen für die wichtigsten Leistungen. 1920 wurden die geltenden Bestimmungen in einem Minimalpreisregulativ zusammengefasst, das somit heute auf ein zwanzigjähriges Bestehen zurückblicken kann.

Das entscheidende Kriterium der Preisnormierung liegt in der Erzielung eines möglichen Preises; der Zweck ist somit die Verhinderung der Preisschleuderei durch die Erzielung zu richtiger Kalkulation und nicht die Erzielung eines höchstmöglichen Gewinns. Diese Zwecksetzung geht auch aus dem Motto hervor, mit dem das Minimalpreisregulativ versehen worden ist; es lautet: „Die Rentabilität der schweizerischen Hotellerie steht und fällt mit der Preisnormierung“. Eine andere Zielsetzung war und ist auf Grund der bestehenden Voraussetzungen des schweizerischen Fremdenverkehrs ausgeschlossen.

Das schweizerische Gastgewerbe ist in seiner Preispolitik weitgehend von der Zahlungsfähigkeit und der Zahlungswilligkeit der ausländischen Nachfrage abhängig. Fähigkeit und Willigkeit haben jedoch durch die wirtschaftlichen, monetären und politischen Ereignisse seit 1914 sowie durch die starke Vermehrung der Konkurrenz auf dem Gebiete des internationalen Fremdenverkehrs bedeutende Veränderungen erfahren, was sich in einem wachsenden Druck auf die Preise ausgewirkt hat. Diese Auswirkungen haben infolge der rückläufigen Bewegung des Ausländerverkehrs nicht etwa eine Milderung, sondern eher eine Verschärfung erfahren, indem sich die Inländer infolge der unbeschränkten Ausreisemöglichkeiten und der verbesserten Reisegelegenheiten das billige ausländische Angebot in steigendem Masse zunutze machen konnten. Der Druck des internationalen Wettbewerbs hat demnach — trotz quantitativer Verminderung des Ausländerverkehrs — beträchtlich zugenommen. Die Preispolitik ist aber nicht nur von diesen äusseren Momenten abhängig; auch die Wett-

bewerbsverhältnisse im Landesinnern, zwischen den einzelnen Gegenden und Orten sowie zwischen den einzelnen Unternehmern selbst sind für die Gestaltung der Preise entscheidend. Ferner ist nicht zu übersehen, dass besonders die Konkurrenz der Nichtmitglieder des Schweizer Hotelier-Vereins und der immer schärfer werdende Wettbewerb der Privatbetten die Hotelpreise beeinflusst.

Die Preise sind somit einem starken Druck ausgesetzt. Es liegt daher nahe, dass in Zeiten der Depression versucht wird, die Frequenz des einzelnen Gasthofes durch Preisenkungen zu steigern. Den Nutzen, den der erste Unterbieter aus einer solchen Massnahme möglicherweise erzielen kann, dauert aber nur so lange, bis seine unmittelbaren Konkurrenten, der Ort und schliesslich die ganze Talschaft auf dasselbe Preisniveau hinabgehen. Die mangelnde Möglichkeit der Erzielung einer entsprechenden Mehrfrequenz wirkt sich zum Schaden aller beteiligten Unternehmungen aus und beschwört die Gefahr weiterer Preisenkungen und einer ausgesprochenen Preisschleuderei herauf. Die Folgen einer solchen Politik sind bei dem bestehenden hohen Gewicht der festen Kosten unabsehbar; jeder wirtschaftlich denkende Unternehmer wird sich daher vor der Preisunterbietung hüten müssen; sie fügt nicht nur dem einzelnen Unternehmer, sondern dem gesamten Berufsstande unermesslichen Schäden zu.

Die Verhinderung der Preisschleuderei und die Erzielung zur Kalkulation ist daher in Zeiten, wie wir sie gegenwärtig erleben, von grösster Wichtigkeit. Man sollte glauben können, dass der Hotelier aus den Erfahrungen des letzten Krieges und der Nachkriegszeit die Konsequenzen zu ziehen vermag und die Bedeutung der Preisnormierung voll und ganz begreift. Die Ausführungen der Preisnormierungskommission in Nr. 29 der Hotel-Revue lassen aber Zweifel am allgemeinen Vorhandensein dieser notwendigen Erkenntnis aufkommen. Es wird daher nützlich sein, kurz auf

### die Folgen der Preispolitik der letzten Kriegs- und Nachkriegsjahre

hinzuweisen.

In der einleitend angeführten Untersuchung wird festgestellt, dass die Minimalpensionspreise des Schweizer Hotelier-Vereins nach 1914 den Geldwertveränderungen, d. h. dem Stande der Lebenshaltungskosten, nicht zu folgen vermochten. Die Werte für 1914 mit 100 angenommen zeigen für 1917 Indices der Minimalpensionspreise von immer noch 100 und der Lebenshaltungskosten von bereits 163. Die bis 1920 vorgenommenen Preiserhöhungen waren ebenfalls ungenügend; einem Preisindex der verschiedenen Kategorien von 145 bis 171 stand ein Lebenskostenindex von 224 gegenüber. Diese Situation verhinderte denn auch eine entsprechende Anpassung der Preise an den nach 1920 stark sinkenden Index der Lebenshaltungskosten; die erstgenannten wiesen einen Stand von 127 bis 150, der letztgenannte einen solchen von 167 auf. Eine rechtzeitige Erhöhung der Preise während des Krieges hätte dem Gastgewerbe bei der ohnehin spärlichen Frequenz weit bessere Einnahmen ermöglicht und ihm zudem den Vorteil verschafft, die Preise nach dem Kriege der stark verminderten Zahlungsfähigkeit und -willigkeit der Nachfrager ebenfalls im richtigen Zeitpunkt anzupassen. Infolge dieses Versäumnisses verlor die Preispolitik des Schweizer Hotelier-Vereins

### Inhaltsverzeichnis:

Seite 2: Die Erhebung des Wehroppers — Die wirtschaftliche Lage der Hotellerie (Forts.). Seite 3: Italienisch-schweizerischer Reiseverkehr — Verbot der Verabreichung warmer Speisen nach 21 Uhr — Kriegswirtschaftliche Massnahmen — Saisonnotizen.

eine der wichtigsten Voraussetzungen ihrer Elastizität, wodurch sie zugleich eines Arguments für die Verkehrswerbung bereaht wurde. Beim Publikum setzte sich die Ansicht übersetzter Preise durch, was der Abwanderung der ausländischen Gäste und der Auslandsreisen der schweizerischen Bevölkerung starken Vorschub leistete. Der Schweizer Hotelier-Verein war demnach gezwungen, seine Minimalpensionspreise unter den schwierigsten Voraussetzungen dem Stand der Lebenshaltungskosten anzugleichen, was besonders nach 1933 in Erscheinung trat. Einem Index der Minimalpensionspreise von 118 bis 138 stand 1935 ein Lebenshaltungskostenindex von 128 gegenüber.

Seit jenem Jahr geht die mühsam erreichte Anpassung langsam wieder verloren. Gleichbleibenden Minimalpreisen, ja sogar einer deutlich vorhandenen Tendenz zu Preisenkungen steht ein steigender Lebenshaltungskostenindex gegenüber, der im Mai 1940 bereits den Stand von 148 erreicht hat. Die Entwicklung schlägt wieder die gleiche Richtung wie im letzten Weltkrieg ein. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Preise schon eine Korrektur nach unten dadurch erfahren haben, dass der Mittel- oder Höchstpreis kaum in einem Betrieb mehr erreicht wird, weil eine allgemeine Abwanderung zum Minimalpreis eintrat. Diese Verschiebung des Schwergewichtes nach der unteren Preisgrenze macht sich umso stärker fühlbar, als die Leistungen an den Gast eine Steigerung erfahren und die festen Kosten zufolge vermehrter Zinslasten, eventl. Neuinvestitionen, Steuer- und Lohnerhöhungen weiterhin zugenommen haben. Die erzielten Preise müssten aber ganz erheblich über dem Lebenshaltungskosten-Index stehen, wenn ein Ausgleich zwischen Kosten und Ertrag erreicht werden soll. Daraus geht hervor, dass im gegenwärtigen Moment an eine Preisenkung nicht gedacht werden kann, zumal da keine Voraussetzungen zu einer entsprechenden Mehrfrequenz bestehen. Eine solche Massnahme hätte überdies zur Folge, dass die im letzten Krieg begangenen Fehler wiederholt und — da sie bis heute nicht korrigiert werden konnten — in ihrer Wirksamkeit verstärkt würden. Es ist Tatsache, dass die Anpassung der Preise umso schwerer wird, je grösser die Schwankungen des Lebenshaltungskostenindex sind. Die Preisgrenze wird nach oben durch die Zahlungsfähigkeit und Zahlungswilligkeit des Gastes, durch die Abwanderung von den höheren nach den unteren Rangklassen und nach den Privatziimmern, durch die Möglichkeit von Unterbietungen der Nichtmitglieder des Hoteliervereins und nach unten durch die festen Kosten sowie durch die Aussichten auf die Erzielung eines Mehrverkehrs bestimmt. Da die Transportkosten im allgemeinen für die Ausführung einer Reise entscheidend sind, würde eine im Verhältnis zu den Transportkosten zu starke Senkung der Pensionspreise keine entsprechende Mehrfrequenz ergeben können. Der Preispolitik sind somit die Grenzen gesetzt, innerhalb denen sie sich zu bewegen hat.

## Die Vorteile der Preisnormierung

liegen nun darin, dass sie den Unternehmern bei dem bestehenden Überangebot an Betten einen gewissen Rückhalt gegenüber den allzu grossen Begehrlichkeiten der Nachfrager bietet; sie ist zudem imstande, Auswüchse im Konkurrenzkampf zwischen den Unternehmern zu verhindern und den Wettbewerb in geordnete Bahnen zu lenken. Wenn sie die Lage des Gastgewerbes unter den herrschenden Umständen nicht allein verbessern kann, so hilft sie doch, die feststellbare Verschlechterung aufzuhalten. Ohne Preisnormierung und vollständig dem Preisdruck der Nachfrage zu überlassen, wäre die Lage der Hotellerie heute noch bedenklicher und trostloser. Die Nachteile der bestehenden Marktordnung sind daher ungemässlich viel kleiner als die Nachteile, die beim Fehlen einer solchen Ordnung eintreten müssten. Es ist allerdings zuzugeben, dass eine grössere Beweglichkeit der Preispolitik erwünscht wäre; diese ist aber nur dann möglich, wenn die hohe Verschuldung

## Die Erhebung des einmaligen Wehropfers

Der Bundesrat fasste am 10. Juli einen Beschluss, der die Wehroffpflicht in 107 Artikeln einlässlich umschreibt. Das zum Zwecke der Tilgung und Verzinsung der Ausgaben zu lasten der bis Ende 1940 bewilligten ausserordentlichen Kredite für die Verstärkung der militärischen Landesverteidigung und der Kosten des Aktivdienstes, dekretierte Wehroffer, wird von den Kantonen für Rechnung und unter Aufsicht des Bundes erhoben. Die eidg. Steuerverwaltung sorgt für eine gleichmässige Veranlagung im Gebiete der ganzen Schweiz.

Aus den Bestimmungen veröffentlichen wir nachstehend eine Zusammenfassung aller jener Artikel, die für unsere Mitglieder besonders wissenswert sind. Wir dürfen vorweg mit Befriedigung feststellen, dass unsern Begehren über die Art der Veranlagung und die Rücksichtnahme auf die Interessen des Fremdenverkehrs wenigstens in gewissem Umfange Rechnung getragen worden ist.

## Die wirtschaftliche Lage der schweizerischen Hotellerie

III.

### B. Die Struktur des Angebotes im allgemeinen und die Kostenstruktur der Hotelbetriebe im besonderen

#### Allgemeine Charakteristik

Das Hotelgewerbe stellt eine Verbindung von Beherbergungs- und Verpflegungsgewerbe dar. Durch das Vermieten von Zimmern und das Zurverfügungstellen von Wohnräumen gleicht die vom Hotelier dargebotene Leistung derjenigen des Hausbesitzers, der Wohnungen vermietet. Das Verabreichen von Nahrungsmitteln und Getränken stellt dagegen das Hotel in eine Linie mit dem allgemeinen Gastwirtschaftsgewerbe, den Wirtschaften und Restaurants. Beim Beherbergen setzt sich der hierfür notwendige Aufwand zum weit überwiegenden Teil aus dem Bereitstellen des Wohngebäudes und seiner Ausstattung zusammen. Solche *Bereitstellungskosten* sind ihrer Natur nach fix, d. h. sie laufen weiter, gleichgültig, ob nun das Zimmer vermietet werden kann oder nicht. Die Verzinsung des angelegten Kapitals, die Amortisation der Gebäude und Einrichtungen und die nötigen Reparaturen haben zu geschehen, ob nun ein Haus leer steht oder besetzt ist. Der Hausbesitzer muss deshalb fast ausschliesslich mit fixen Kosten rechnen. Auch bei einem Restaurant spielt das Bereitstellen von Aufenthaltsräumen eine wichtige Rolle. Daneben wird aber dem Gäste Verpflegung dargeboten, und diese Leistung ist anderer Art und erfordert wenig Anlagekapital. Sie wird vor allem durch laufende Ausgaben für den Warenverzehr bedingt, die nur gemacht werden müssen, wenn Gäste da sind, welche etwas konsumieren. Es handelt sich also um variable Kosten, die vom Frequenzstand abhängig sind.

Die Kostenstruktur des Hotels steht zwischen derjenigen des Hausbesitzers und der des Gastgewerbes. Sie zeichnet sich auf alle Fälle durch einen hohen Anteil fixer Kosten aus.

#### Die Bedeutung der fixen Kosten

Die Bedeutung, welche das Verhältnis der fixen zu den variablen Kosten für einen Betrieb besitzt, wurde in der betriebswirtschaftlichen Literatur eingehend erörtert. Betriebswirtschaftler wie Prof. Töndury haben schon lange darauf hingewiesen, welche Wichtigkeit die *Besonderheiten der Kostenstruktur* für die Entwicklung der Verhältnisse in der Hotellerie besitzt.

Hoher Anteil der fixen Kosten bedeutet, dass ein grosser Teil der Gesamtkosten bei Absatzschwankungen unverändert bleibt. Daraus ergibt sich ein *starkes Kostenfestig*, welches Anpassungen an Frequenzveränderungen nur in geringem Masse erlaubt. Als praktische Auswirkung dieser Kostenverhältnisse finden wir eine *sehr stark schwankende Ertragslage*: geringe Absatzvermehrung steigert die Rentabilität relativ sehr stark, kleine Absatzverluste verschlechtern den Ertrag weitgehend. Bei solchen Betrieben sind deshalb die Ertragsverhältnisse naturgemäss sehr unübersichtlich und schwer abschätzbar.

Grosser Anteil der fixen Kosten bringt zugleich mit sich, dass die Produktionskosten pro

abgebaut und die Grösse des Angebotes vermindert wird.

Es hat somit keinen Sinn, bei den bestehenden Verhältnissen eine Preisnormierung oder ein Abgehen von der Preisnormierung befürworten zu wollen. Jeder Unternehmer muss sich bewusst sein, dass er durch eine Umgehung der Preisvorschriften sich selbst und dem ganzen Gewerbe schweren Schaden zufügt. Es ist zudem nicht erwünscht, den Gläubigern noch weitere Opfer, die sie vermeiden lassen, aufzubürden; Preisenkungen oder Preisschleuderei zur heutigen Zeit bedeuten nichts anderes als ein Geschenk an den Gast zu Lasten des Gläubigers. Die Preisnormierung ist zudem eine Voraussetzung der Sanierung der Hotellerie; ein Verzicht auf diese würde es rechtfertigen, das Gewerbe seinem Schicksal zu überlassen. Eine Hotellerie, die die Notwendigkeit der Preisnormierung nicht zu erkennen vermag, wird keinen Anspruch auf die Unterstützung des Staates zu ihrer Gesundung erheben dürfen. —ld—

#### Wehroffpflicht

Zur Errichtung des Wehropfers sind verpflichtet:

1. die natürlichen Personen, die innert der Zeit vom 30. April 1940 bis 31. Dezember 1942 in der Schweiz Wohnsitz, oder während mindestens 3 Monaten Aufenthalt haben (Aufenthalt an verschiedenen Orten wird zusammengerechnet),
  2. die juristischen Personen, die am 30. April 1940 ihren Sitz in der Schweiz hatten,
  3. andere natürliche und juristische Personen oder ausländische Handelsgesellschaften, die innert der Zeit vom 30. April 1940 bis 31. Dezember 1942
- a) Eigentümer von in der Schweiz gelegenen Grundstücken sind,

- b) Gläubiger von auf schweizer. Grundstücken sichergestellten Grundpfandforderungen sind,
- c) Inhaber oder Gesellschafter von geschäftlichen Betrieben in der Schweiz sind,
- d) in der Schweiz Betriebsstätten unterhalten.

Das Vermögen einer in ungetrennter Ehe lebenden Ehefrau wird ohne Rücksicht auf den Güterstand dem Vermögen des Ehemannes zugerechnet. Die Ehefrau haftet mit dem Ehemann solidarisch für den Anteil am Reinvermögen entsprechenden Teil des Wehropfers.

#### Ausnahmen von der Wehroffpflicht

Wer im Ausland einen festen Wohnsitz hat und dort die ordentlichen Steuern bezahlt, ist zur Entrichtung des Wehropfers nicht verpflichtet, wenn er sich in der Schweiz lediglich zum Besuch einer Lehranstalt oder in einer Anstalt zu Heilzwecken aufhält. Wer sich aus dem Auslande fernher nur zu Erholungszwecken in der Schweiz aufhält und gemäss vorerwähnten Bestimmungen unter die Wehroffpflicht fällt, kann verlangen, dass das Wehroffer vom zwanzigfachen Betrag des jährlichen Aufwandes berechnet wird.

Vom Wehroffer befreit sind neben gemeinnützigen Körperschaften und Anstalten die der Arbeitslosen-, Kranken-, Alters-, Invaliditäts- oder Hinterbliebenenversicherung dienenden Kassen, sowie die konzessionierten Transportanstalten, die in den Jahren 1938 und 1939, das Ergebnis beider Jahre zusammengerechnet, keinen Gewinn erzielt haben.

#### Gegenstand des Wehropfers

Gegenstand des Wehropfers ist das reine Vermögen der natürlichen und juristischen Personen. Für die natürlichen Personen beginnt die Steuerpflicht bei einem gesamten Reinvermögen von 5000 Franken. Dieser Betrag erhöht sich:

- a) für natürliche Personen, die keine Erwerbstätigkeit ausüben auf 2000.— Franken, sofern sie zum Unterhalt von Personen verpflichtet sind, und auf 1000.— Franken, sofern sie keine solchen Unterhaltspflichten zu erfüllen haben.
- b) für natürliche Personen, die eine Erwerbstätigkeit ausüben, auf 1000.— Franken, sofern sie zum Unterhalt von Personen verpflichtet sind.

Als reines Vermögen gilt das um die nachgewiesenen Schulden gekürzte gesamte

#### Die fixen Kosten in der Hotellerie

Nun lassen sich fixe und variable Kosten in einem Hotelbetriebe kaum genau scheiden, vor allem, weil die meisten Kostenelemente einen fixen und einen variablen Anteil enthalten. So sind die wichtigen Ausgaben für Küchenwaren zum grössten Teil variabel, enthalten aber einen nicht unbedeutenden fixen Anteil für die Angestelltengehälter. Zugleich hängt das Verhältnis beider Kostenarten ab von der besonderen Organisation und Lage einer Unternehmung. Immerhin lässt sich das Verhältnis doch in den grossen Linien feststellen, wie das für die Schweiz vor allem durch Dr. Gurtner schon lange versucht wurde. Das dürfte für die allgemeinen betriebswirtschaftlichen Überlegungen und für betriebswirtschaftliche Überschlagsrechnungen genügen.

Besonders ins Gewicht fallen beim Hotel unter den fixen Kosten die *Anlage- und Finanzkosten*: Abschreibung und Verzinsung. Von einzelnen Betrieben aus gesehen, ist zwar nur die Verzinsung des Fremdkapitals eine fixe Last, doch hat, volkswirtschaftlich betrachtet, das Eigenkapital einen ebenso gerechtfertigten Anspruch. *Der Kapitalaufwand* ist bei der Hotelindustrie *ausserordentlich gross*, wie der Vergleich des Verhältnisses von Umsatz zu Kapital in der Hotelindustrie und in andern Industrien zeigt. Nach den Ergebnissen der Enquêtes des Hoteliervereins war dieses Verhältnis in der Hotelindustrie für 1937 wie 1:5 rund und 1929 wie 1:4. Natürlich hängt dieses Verhältnis von der Frequenz der Häuser ab. Wir wählen aus dem in der Enquete verarbeiteten Material Beispiele besonders gut besuchter Betriebe aus und finden hier für kapitalintensive Bündner Häuser ein Verhältnis von 1:3,7 bis 1:4,7; für Tessiner Betriebe mit längerer Saison und geringerer Kapitalausstattung ein Verhältnis von 1:2,6 und 1:2,7.

Für das Gastgewerbe ergeben sich nach den Untersuchungen des statistischen Bureaus des Wirtvereins in den letzten Jahren ein Verhältnis von rund 1:3 bei den Wirtschaften und Restaurants zusammen. Diese Zahl ist eine Durchschnittsziffer und muss deshalb mit den aus den Enquêtes sich ergebenden Durchschnittsziffern verglichen werden.

Für die Zementindustrie gibt Kühn\*) für die Jahre 1926—1930 ein zwischen 1:2 und 1:2,5 schwankendes Verhältnis an und am gleichen Ort für den deutschen Stahlverein, der ebenso eine sehr kapitalintensive Unternehmung darstellt, ein von 1:1,3 bis 1:2,1 schwankendes Verhältnis. Natürlich können wir nur das Verhältnis von Umsatz zu den Buchwerten feststellen, was den Wert dieser Vergleiche beeinträchtigt. Immerhin ist auch unter Berücksichtigung dieses Momentes der Kapitalaufwand im Verhältnis zum Umsatz in der Hotelindustrie ausserordentlich gross. Nur beim Hausbesitz ergibt sich noch ein grösseres Verhältnis zwischen Umsatz und Kapital, hier muss man mit Zahlen wie 1:12 und 1:16 rechnen.

Dabei besteht das aufgewendete Kapital fast nur aus Anlagekapital. Die Enquete des Hoteliervereins für 1937 ergibt einen Anteil der gesamten Anlagen (Gebäude, Terrain, Mobiliar) von über 90% am Gesamtkapital. Zwar sind diese Hotelbilanzen in der Ruhezeit aufgestellt worden, während in der Saison die Vorräte und flüssigen Betriebsmittel wahrscheinlich beträchtlich grösser sein werden. Doch werden von diesem Moment die Hauptlinien des Verhältnisses nicht berührt. Vergleiche mit andern Industrien zeigen, dass selbst bei den öffentlichen Vermögensbetrieben diese Prozentzahlen vom Anlagekapital nicht

\*) Kühn, Konjunktur und Bilanz in der Zementindustrie, 1937.



## Todes-Anzeige

Den verehrten Vereinsmitgliedern machen wir hiermit die Mitteilung, dass unser Mitglied

Herr

**Josef Kaufmann-Husistein**

Hotel „Lindenhof“, Baar

am 25. Juli nach kurzer, schwerer, mit grosser Geduld ertragener Krankheit im 63. Altersjahre gestorben ist.

Wir bitten Sie, dem verstorbenen Kollegen ein ehrendes Andenken zu bewahren.

Namens des Zentralvorstandes

Der Zentralpräsident:  
Dr. H. Seiler.

bewegliche und unbewegliche Vermögen des Pflichtigen mit Einschluss der anwartschaftlichen und laufenden Ansprüche auf Leibrenten und andere wiederkehrende Leistungen, soweit diese nicht auf familienrechtlicher Verpflichtung, auf Unfallversicherung oder auf gesetzlicher Haftpflicht beruhen.

Massgebend ist das Vermögen, das dem Pflichtigen am 1. Januar 1940 zugestanden hat, sowie das Vermögen, das ihm in der Zeit vom 1. Januar 1940 bis zum 30. April 1940 durch Erbschaft oder durch Schenkung angefallen ist.

Vom Hausrat und den für die Erwerbstätigkeit erforderlichen beweglichen Sachen natürlicher Personen bleibt ein Betrag von 2000.— Franken vom Wehroffer befreit.

Das Vermögen von inländischen Kollektiv- und Kommanditgesellschaften, sowie von andern inländischen Personengesamtheiten ohne juristische Persönlichkeit wird anteilmässig den Personen zugerechnet, die diese Personengesamtheiten bilden.

erreicht werden. *Das Anlagekapital bringt durch die endgültige Festlegung des Kapitalaufwandes besonderes Risiko mit sich und erfordert hohe Abschreibungen und Zinsen.*

Zur Berechnung der Finanzkosten der Gesamthotellerie stützen wir uns auf die Zahlen der Enquete des Hoteliervereins und auf die von Dr. Gurtner aufgestellten Abschreibungsnormen. Für Schuldverzinsung rechnen wir 4,5% Zins und für das Eigenkapital 5%. Dann ergibt sich ein Anteil von 35% der Anlage- und Finanzkosten an den Gesamtkosten. Das gilt für einen Frequenzgrad von 31,2%, der 1937 erreicht wurde (Frequenz bezogen auf geöffnete Betten). Natürlich hängt der Anteil der fixen Anlage- und Finanzkosten vom Frequenzgrad ab, da mit steigendem Besuch die variablen und damit die Gesamtkosten zunehmen. Rechnen wir die Gesamtkostenrechnung von 1937 um auf eine Frequenz von 70% was praktisch unerreicht ist, so machen die Anlage- und Finanzkosten immer noch rund 25% aus.

Für das Gastgewerbe stellte das statistische Büro des Wirtvereins in ähnlicher Weise eine Gesamtbetriebsrechnung auf, worin ein Anteil von 17,6% der Anlage- und Finanzkosten an den Gesamtkosten festgestellt wurde. Dabei wurden die von Dr. Gurtner geforderten Abschreibungsquoten angewendet zur Berechnung der Abschreibungen. Die Reparaturkosten wurden bei den Anlagekosten mitgerechnet, während wir sie in die Betriebsrechnung setzten.

Die Untersuchung über die Rentabilität der schweizerischen Landwirtschaft von 1936/37 und 1937/38, welche vom Bauernsekretariat durchgeführt werden, geben für diese Jahre einen Anteil von rund 36% der Anlage- und Finanzkosten an.

Auf alle Fälle ergibt sich im Hotelgewerbe ein *ausnahmsweise grosser Anteil der Anlage- und Finanzkosten*, wie er nur in der äusserst kapitalintensiven Landwirtschaft erreicht wurde. Dieser fixe Kostenanteil beträgt also in der Hotellerie gut einen Drittel der Gesamtkosten, was sich aus dem grossen Kapitalaufwand und dem darin überwiegenden Anteil des Anlagekapitals erklärt. Das verwandte Gastgewerbe besitzt eine geringere Kapitalintensität, und demgemäss machen die Anlage- und Finanzkosten einen viel geringeren Anteil aus.

Bei den *Betriebskosten* ist die Scheidung zwischen variablen und fixen Kosten schwieriger. Wir kommen zu einem Verhältnis von 49% variablen zu 51% fixen Kosten für die Gesamtbetriebsrechnung von 1937, wenn wir diese an Gesichtspunkte der Kostenrechnung anpassen. Nach der von Dr. Gurtner in seinem neuen Buche angewendeten Methode würden wir ein Verhältnis von 53% zu 47% erhalten. Der Unterschied ist geringfügig.

Die fixen Kosten machen 1937 gut  $\frac{2}{3}$  der Gesamtkosten aus, was mit den Feststellungen Dr. Goldens für frühere Jahre übereinstimmt. Das ist ausnahmsweise. *Es bedeutet, dass bei Frequenzschwankungen die Einnahmeveränderungen nur zu einem Drittel durch Kostenanpassungen kompensiert werden können, während sich  $\frac{2}{3}$  im Ertragsergebnis auswirken müssen.*

Rechnen wir die Kostenrechnung um auf eine Frequenz von 70%, so tragen die fixen Kosten immer noch rund die Hälfte der Gesamtkosten. Für die praktisch erreichbaren Frequenzverhältnisse wird sich die Beziehung von variablen zu fixen Kosten im allgemeinen nicht weit von der Relation 1:2 entfernen.

Die Hotelindustrie sticht hervor durch ihren hohen Anteil der fixen Kosten. Nur beim Hausbesitz ist die Kostenstruktur noch wesentlich starrer. Hier haben wir überhaupt fast nur fixe Kosten.

Fortsetzung folgt

Bei Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung und Genossenschaften, die durch Beteiligung auf andere Unternehmungen massgebend Einfluss ausüben, ermässigt sich das Wehroper um den Betrag, der dem Verhältnis des in Aktien, Gesellschaften oder Genossenschaftsteilen der massgebend beeinflussten schweizerischen Gesellschaften oder Genossenschaften angelegten Vermögens zu den gesamten Aktiven entspricht.

#### Schuldenabzug

Als Schulden gelten solche, für die der Pflichtige als Hauptschuldner haftbar ist. Haftet er mit andern für eine Schuld, so kann von seinem Vermögen nur der ihm nach den Verhältnissen anfallende Betrag abgezogen werden.

#### Nicht als Schulden gelten

die auf dem Familienrecht beruhenden Verpflichtungen zu wiederkehrenden Leistungen, das Grund- und Stammkapital der Aktiengesellschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung und Genossenschaften, die Reserven.

#### Bewertungsgrundsätze

Für die Vermögensberechnung ist, soweit die Bestimmungen nichts Abweichendes vorschreiben, der Verkehrswert am 1. Januar 1940 massgebend.

Der Wert von Grundstücken wird unter billiger Berücksichtigung des Verkehrswertes und des Ertragswertes berechnet. Für Grundstücke, die vorwiegend der landwirtschaftlichen Nutzung dienen und deren Verkehrswert im wesentlichen durch diese Nutzungsart bestimmt wird, ist einwiesentlich der ortsüblichen Gebäude nur der Ertragswert massgebend.

Grundstücke im Sinne dieses Artikels sind die Liegenschaften, die im Grundbuch aufgenommen selbständigen und dauernden Rechte, sowie die Bergwerke. Zu den Grundstücken gehören auch die mit ihnen verbundenen Sachen und Nutzungsrechte (Wasserkräfte usw.).

Bei Waren ist der Betrag der Selbstkosten oder, wenn der Marktwert geringer ist, der Marktwert massgebend.

Wertpapiere mit regelmässiger Kursnotierung werden zum durchschnittlichen Kurswert vom Dezember 1939 eingesetzt. Bei der Bewertung beschränkter oder unsicherer Rechte und Forderungen ist dem Grade der Verlustwahrscheinlichkeit Rechnung zu tragen.

Nicht fällige Ansprüche aus rückerkaufsfähigen Lebensversicherungen (Kapitalversicherungen), sowie aus rückerkaufsfähigen Rentenversicherungen auf Lebenszeit, aus denen der Berechtigte erstmals nach dem 1. Januar 1940 eine Leistung zieht, unterliegen dem Wehroper mit dem Rückkaufswert. Ansprüche aus nicht rückerkaufsfähigen Lebens- und Rentenversicherungen werden mit der Hälfte der bis 1. Januar 1940 einbezahlten Prämien und Kapitaleinlagen bewertet.

#### Beilagen zur Wehropererklärung

Wehroperpflichtige, die nach dem Obligationenrecht zur Führung von Geschäftsbüchern verpflichtet sind, haben der Wehropererklärung die Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung des letzten, vor dem 1. Januar 1940 abgeschlossenen Geschäftsjahres, oder, beim Fehlen solcher, Auszüge aus den Geschäftsbüchern beizulegen. Diese Beilagen müssen, soweit es sich nicht um gedruckte Rechnungsbelege handelt, die Unterschrift des Geschäftsinhabers oder zeichnungsberechtigter Personen tragen.

Der Pflichtige hat mit der Wehropererklärung ein vollständiges Verzeichnis seiner Wertschriften und seiner sonstigen Kapitalanlagen einzureichen.

#### Veranlagung und Einspracherecht

Den Personen, die als mutmassliche Wehroperpflichtige in Frage kommen, wird ein Formular für die Wehropererklärung zugestellt. Die Nichtzustellung des Formulars entbindet den Pflichtigen weder von der Wehroperpflicht noch von der Pflicht zur Einreichung der Erklärung.

Die Veranlagung wird dem Pflichtigen schriftlich eröffnet. Sie hat den Betrag des wehroperpflichtigen Vermögens und den Betrag des Wehroperers anzugeben. Abweichungen von der Wehropererklärung des Pflichtigen sind kurz zu begründen. Gegen die Veranlagung kann der Pflichtige, innert 30 Tagen von der Eröffnung an, bei der Veranlagungsbehörde Einsprache erheben.

Über die Einsprache entscheidet die Veranlagungsbehörde. Sie hat den Entscheid zu begründen und dem Pflichtigen mitzuteilen. Gegen den Einsprachentscheid kann der Pflichtige Beschwerde an die kantonale Rekurskommission erheben und gegen deren Entscheid kann noch die Verwaltungsgerichtsbeschwerde erhoben werden.

#### Bezug und Bezahung des Wehroperers

Für die natürlichen Personen wird das Wehroper nach einem Tarif berechnet (von 5—30,000.— Franken 1,5%, dann progressive Zunahme bis maximal 4,5%).

Das Wehroper der juristischen Personen beträgt 1,5 Prozent des reinen Vermögens. Das Wehroper wird durch den Kanton bezogen, in dem die Veranlagung vorgenommen wird. Es wird in drei Jahresraten erhoben. Es können Vorauszahlungen geleistet werden, die bestimmten Vergütungszinsen entsprechen. Titel der eidg. Anleihen werden in einem noch festzusetzenden Umfang und zu noch festzulegenden Bedingungen an Zahlung genommen.

#### Zahlungserleichterungen

Ist der Bezug des Wehroperers binnen den vorgeschriebenen Zahlungsfristen für den Pflichtigen eine erhebliche Härte verbunden, so kann die kantonale Wehroperverwaltung Zahlungserleichterungen gewähren.

Den Wehroperpflichtigen, die in Not geraten sind oder aus andern Gründen (durch langen Aktiviendienst, infolge seit dem 1. Januar 1940 eingetretener grosser Vermögensverluste usw.) in eine Lage versetzt worden sind, in der die Bezahlung einer Wehroperferrate oder eines Zinses für sie zur grossen Härte würde, können die ge-

schuldeten Beträge ganz oder teilweise erlassen werden. Das Gesuch um Erlass ist mit schriftlicher Begründung unter Beilage der nötigen Beweismittel der kantonalen Wehroperverwaltung einzureichen.

#### Inkrafttreten

Der Beschluss tritt am 25. Juli 1940 in Kraft.

### Italienisch-schweizerischer Reiseverkehr

#### Vorläufige Instruktionen über die Einlösung italienischer Reisekreditdokumente

##### A. Abgabe in Italien

Die Abgabe in Italien von Reisezahlungsmitteln für Reisen nach der Schweiz zu irgendwelchen Zwecken erfolgt in Form von Reisekreditdokumenten, nämlich Reisekreditbriefen, Reisechecks, Akkreditiven, Hotelgutscheinen, Gutscheinen für Pauschalreisen oder Gutscheinen für Gesellschaftsreisen. Abgabeberechtigt sind die vom Istituto Nazionale per i Cambi con l'Estero ermächtigten Stellen.

Im Einzelfalle werden folgende Beträge bewilligt: Natürliche Personen im Alter von über vier Jahren, die ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt in Italien haben, können ohne besondere Genehmigung über die jeweils geltende Freigrenze hinaus Reisezahlungsmittel der oben bezeichneten Art im Betrage bis zu 600 Schweizerfranken pro Monat erwerben und nach der Schweiz verbringen. Der Betrag von monatlich 600 Schweizerfranken wird ohne besondere Genehmigung erhöht.

Wenn sich der Aufenthalt in der Schweiz über mehr als 30 Tage erstreckt; wenn es sich um den Aufenthalt in einem schweizerischen Sanatorium oder in einem schweizerischen Heilbad oder um einen Aufenthalt in der Schweiz zu Studien- oder Erziehungszwecken handelt; in Dringlichkeitsfällen (Unfall, Tod, Krankheit); wenn aus andern besonderen Gründen die Notwendigkeit einer höheren Zuteilung nachgewiesen wird.

Jedoch darf die Zuteilung im Einzelfalle für einen Zeitraum von 3 Monaten 1200 Schweizerfranken und für einen solchen von 12 Monaten 2500 Schweizerfranken nicht übersteigen. Ungeachtet dieser Beschränkung der Abgabe im Einzelfalle können mit besonderer Genehmigung des Istituto Nazionale per i Cambi mit l'Estero höhere als die genannten Beträge erhalten und nach der Schweiz verbraucht werden.

##### B. Einlösung in der Schweiz

###### Einlösestellen

Zur Einlösung der unter A bezeichneten Reisekreditdokumente sind nur die von der Schweizerischen Verrechnungsstelle im Einvernehmen mit dem Istituto Nazionale per i Cambi con l'Estero ermächtigten Stellen berechtigt. Für die Einlösung der Reisekreditbriefe, Reisechecks und Akkreditive können insbesondere die auf den Reisekreditdokumenten jeweils als Einlösestellen bezeichneten Banken, Bahnhofwechselstuben oder Reise- und Verkehrsbüros in Frage. Die Bahnhofwechselstuben der Schweiz, Bundesbahnen lösen auch nicht auf sie ausgeteilte Reisekreditdokumente ein. Dies zur Erleichterung des Verkehrs nach schalterschluss der Banken, an Sonn- und Feiertagen.

###### Auszahlungsmodus

Um die Verwendung der mitgebrachten Reisezahlungsmittel für touristische Zwecke sicherzustellen und jeden Missbrauch zu verhindern, ist im Abkommen die Durchführung eines Gutscheinsystems vorgesehen, wie es analog im Verkehr mit Deutschland seit einigen Jahren Anwendung fand. Für eine kurze Uebergangszeit und bis zum Einspielen des Vertrages tritt anstelle der Gutscheinsabgabe die gestaffelte Barauszahlung der Reisekreditdokumente, und zwar in folgenden Raten:

erste Auszahlung: bei der Einreise, höchstens . . . . . Fr. 50.—  
zweite Auszahlung: frühestens am zweiten Tage nach der ersten Auszahlung, höchstens . . . . . Fr. 100.—  
dritte Auszahlung: frühestens am siebenten Tage nach der ersten Auszahlung, höchstens . . . . . Fr. 200.—  
vierte Auszahlung: frühestens am vierzehnten Tage nach der ersten Auszahlung . . . . . Restbetrag.

Gegen Verbrauchsnachweis anhand von Belegen (Hotelrechnungen usw.) können die Ratenzahlungen erhöht oder kann der volle Betrag des Reisekreditdokuments auf einmal ausbezahlt werden. Zur Auszahlung des vollen Betrages, auf welchen das Reisekreditdokument ausgestellt ist, bedarf es in jedem Fall einer ausdrücklichen Zustimmung der Schweizerischen Verrechnungsstelle.

###### Passeintragung

Die Barauszahlungen sind im Pass des Reisenden zu vermerken, unter Angabe des Betrages, des Datums der Auszahlung und unter Befügung der Firma und Unterschrift der Einlösestelle. Da bei der Ausreise aus der Schweiz an der Grenze eine Kontrolle über die Verwendung der Reise-gelder erfolgt, ist es nötig, dass sich die Reisenden die ausser den italienischen Reisekreditdokumenten in die Schweiz verbrachten Zahlungsmittel, mit Ausnahme der Freigrenze, unmittelbar beim Grenzübertritt durch die schweizerischen Zollorgane bescheinigen lassen.

###### Kommission

Die Einlösestellen erheben vom Reisenden eine Kommission: a) von 1/4% des Betrages des Reisekreditdokuments, im Minimum Fr. 2.—, sofern es sich um eine Vollauszahlung des ganzen Betrages des Reisekreditdokuments handelt, und von 1/2% des Betrages der Barauszahlung, im Minimum Fr. 1.—, wenn eine ratenweise Barauszahlung vorliegt; b) 1/4% des Betrages der Barauszahlung, welcher Anteil der Einlösestelle zukommt.

## Kriegswirtschaftliche Massnahmen und Marktmeldungen

### Verbot der Verabreichung warmer Speisen nach 21 Uhr

In Ausführung der Verfügung des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartementes über einschränkende Massnahmen für die Verwendung von festen und flüssigen Kraft- und Brennstoffen, sowie von Gas und elektrischer Energie, erlässt das Kriegs-Industrie- und Arbeitsamt, Sektion für Kraft und Wärme, folgende

#### Weisungen:

1. Die Verabreichung warmer Speisen nach 21 Uhr durch öffentliche Verpflegungsstätten, wie Wirtschaften, Restaurants, Hotels und Pensionen, ist verboten.

2. Ausgenommen sind:

- a) Speisen, die auf militärischen Befehl oder ärztliche Verordnung abgegeben werden.
- b) Warme Getränke, wie Milch, Tee oder Kaffee.

3. Das Verbot gilt auch für warme Eier, Würste, Suppe u. ä. selbst dann, wenn diese Speisen an denselben Wärme-Einrichtungen zubereitet worden sind, wie die oben genannten Getränke. Es gilt auch für Speisen, zu denen lediglich warmes Wasser verwendet wurde, das schon vor 21 Uhr vorhanden war. Es gilt ferner für Speisen, die kalt serviert werden, aber nach 21 Uhr am Feuer zubereitet wurden.

4. Verboten ist die Verabreichung warmer Speisen nach 21 Uhr auch dann, wenn die Bestellung vor 21 Uhr aufgegeben wurde. Bestellungen, die nicht vor 21 Uhr ausgeführt werden können, sind zurückzuweisen. Spätestens um 20 Uhr 45 sollten in der Regel überhaupt keine Bestellungen auf warme Speisen mehr angenommen werden. Die Zubereitung von Speisen am Feuer nach 21 Uhr ist ebenfalls verboten.

5. Um eine Abwanderung der Kundschaft in bestimmte Wirtschaften zu vermeiden, sowie aus Gründen einer wirksamen Kontrolle, erstreckt sich das Verbot auf alle Wirtschaften, gleichgültig, ob die warmen Speisen mittels Holz, Kohle, Öl, Gas, Elektrizität oder irgendwelcher anderer Wärmequellen aufbereitet werden.

6. Art. 1, Absatz 3 der Verfügung, bezieht sich nur auf generelle Ausnahmen. Ausnahmen in Einzelfällen können nicht gewährt werden. Eine Sonderregelung wurde für Eisenbahnspisewagen sowie für die Verpflegung von Schichtpersonal getroffen.

7. Für die Verpflegung von Schichtpersonal gilt folgendes: Betriebe, die keinen Restaurantbetrieb führen, bei dem durch Betriebsangehörige oder Dritte Bestellungen aufgegeben werden können, die also lediglich zu bestimmten Zeiten eine allgemeine und gleichartige Verpflegung an ihre Schichtarbeiter verabreichen, sind keine öffentlichen Verpflegungsstätten und daher dem Verbot nicht unterstellt.

Dagegen gilt die Verfügung grundsätzlich für eigentliche Kantinen, Verpflegungsbetriebe, die, abgesehen von der von vorgesezierter Stelle angeordneten Belegschaftsverpflegung, auch Bestellungen von Betriebsangehörigen oder Dritten entgegennehmen. Die Kantinen dürfen nach 21 Uhr keinerlei Bestellungen auf warme Speisen ausführen. Dagegen ist ihnen bis auf weiteres gestattet, zu einer bestimmten Zeit eine allgemeine warme Nachtschichtverpflegung abzugeben.

8. Die Kantone sind verpflichtet, über die Einhaltung der Verfügung zu wachen und feh-

bare Wirte zur Anzeige zu bringen. Sie haben nicht nur Anzeigen von privater Seite zu sammeln, sondern auch an Ort und Stelle sowohl durch die ordentlichen Organe der Wirtschaftspolizei als durch nicht als Kontrollorgane erkennbare Personen eine Kontrolle zu führen. Hierbei ist die Verfügung unter Hinweis auf die Erfordernisse der Gleichbehandlung und der wirksamen Kontrolle strikte zu handhaben.

Auskunft- und Bewilligungsstelle: Sektion für Kraft und Wärme, Münsterplatz 3, Bern.

### Die Zuteilung von Kohle

Die Sektion für Kraft und Wärme des Kriegs-Industrie- und Arbeitsamtes teilt mit:

Gestützt auf Artikel 2 der Verfügung Nr. 1 des eidg. Volkswirtschaftsdepartementes vom 26. Oktober 1939 betreffend die Sicherstellung der Landesversorgung mit festen Brennstoffen erlässt die Sektion für Kraft und Wärme folgende Weisung:

#### Kohlen für die Raumheizung

Die freigegebene Quote von 25 Prozent für Kohlen zur Raumheizung wird bis auf weiteres nicht erhöht.

Auch für Spitäler, Schulen, öffentliche Verwaltungen usw. dürfen bis auf weiteres nicht mehr als 25 Prozent des Jahresbedarfes bewilligt werden.

#### Kohlen für gewerbliche Zwecke (12-Monate-Bedarf)

Das Gewerbe wird auf 80 Prozent des gemeldeten Bedarfes rationiert.

Vom 1. August 1940 bis 30. September 1940 kann für gewerbliche Feuerung ein Sechstel des Jahresbedarfes abzüglich 20 Prozent zum Bezug bewilligt werden.

Saisonbetriebe erhalten eine Zuteilung von maximal 80 Prozent des Bedarfes für die Monate August und September.

Die Vorräte vom 31. Juli 1940 sind bei der Zuteilung anzurechnen.

Die Brennstoffämter sind ermächtigt, je nach der Versorgungslage die freigegebene Quote monatsweise zuzuteilen.

Begründete Gesuche um zusätzliche Zuteilung sind unter Beilage des Meldeformulars und Angabe der derzeitigen Vorräte durch Vermittlung der kantonalen Brennstoffzentralen an die Sektion für Kraft und Wärme, Gruppe Kohle, zu richten.

### Starke Herabsetzung der Benzinquoten für den August

Die von der Sektion Kraft und Wärme für den Monat August aufgestellte Litteralfart für die Zuteilung der flüssigen Treibstoffe steht im Zeichen der äussersten Einschränkung. Gegenüber dem Vormonat Juli, der bereits starke Reduktionen brachte, sind die Quoten für die einzelnen Fahrzeug- und Stärkekassen nochmals erheblich vermindert worden.

Die Abstriche betragen gegenüber der letzten Rationierungsperiode zwischen 4 bis 50 Prozent. Nur die Hoffnung, dass man in der nächsten Zeit vielleicht wieder etwas Benzin heranschaffen kann, hat die Behörden davon zurückgehalten, die schärfsten Massnahmen (Stillegung der Kategorien C und D) anzuwenden.

grösstenteils falsch ausgelegt worden sind, sieht sich der Walliser Verkehrs-Verband veranlasst, im Einverständnis mit der zuständigen Militärbehörde, nachstehende Berichtigung zu veröffentlichen:

Im Gebiet nördlich der Rhone wie auch in den beiden Vespertälern ist der Zivilverkehr vollständig frei. Man kann sich also ohne irgendwelche Formalitäten nach Zermatt, Saas-Fee, Leukerbad, in das Litschental und andere in diesem Gebiete liegende Ferienorte begeben und daselbst aufhalten.

Wer sich nach andern Gebieten südlich der Rhone begeben will, muss sich mit einem Ausweis des Truppenkommandos Oberwallis versehen. Im Gebiete von Zermatt und Saas können alle Exkursionen und Spaziergänge ungehindert ausgeführt werden. Wer im Raume südlich Dent Blanche-Rimpfischhorn-Weissmies Bergtouren ausführen will, d. h. längs der Grenze, hat sich vorher beim Truppenkommando Zermatt bzw. Saas zu melden.

Der Verkehr auf den Fahrstrassen ist überall vollständig frei. Dies gilt auch für die Simplonstrasse; allerdings müssen sich auf dieser Strasse die Autofahrer und Postreisen an beiden Enden des Passes einer Kontrolle unterziehen.

Zivilpersonen, welche sich südlich der Rhone aufhalten, müssen sich mit einem der folgenden Legitimationspapiere: Pass, Aufenthaltsbewilligung, Identitätskarte, Mitgliedkarte eines alpinen Vereins (mit Photo) versehen, um sich jederzeit ausweisen zu können.

#### Der Bündner Fremdenverkehr.

Die Zusammenstellungen der kantonalen Fremdenstatistik sind ein betrübliches Spiegelbild der unerfreulichen Saison, die Graubünden erlebt.

Vom 21. bis 30. Juni wurden 38,500 Logiernächte erreicht, also 24,000 weniger als in der Vergleichsperiode des Vorjahres. Noch krasser ist der Rückschlag in der Dekade vom 1. bis 10. Juli, in welcher 41,000 Übernachtungen erzielt wurden, gegen 82,500 im letzten Sommer. Der Ausfall verteilt sich ziemlich gleichmässig auf Auslands- und Schweizergäste. Seit 1. April wurden 363,000 Logiernächte gezählt, während es letztes Jahr doch noch 523,300 waren. Dabei sind die Aussichten auf eine Besserung der Frequenz gering.

### Saisoneröffnungen

Luگانo: Hotel International au Lac, 10. August.

Redaktion — Rédaction:  
Dr. M. Riesen — Dr. A. Büchi

### Personalrubrik

#### Neue Direktion

Die Leitung des Stanserhorn Hotels ist Herrn Hans Gabriel vom Hotel Engel in Stans übertragen worden.

### Saisonnutzen

#### Zivilverkehr im Oberwallis

Da die in der Presse betreffend den Verkehr im Oberwallis veröffentlichten Mitteilungen



## La réglementation des prix dans l'hôtellerie

L'hôtellerie suisse se trouve actuellement au point de vue économique dans une situation peu claire. Depuis les années 1910—1913, le développement des nuitées marque une extrême tendance à la baisse et en même temps l'on constate une diminution des dépenses de la part des hôtes. D'autre part, pendant la même période, la qualité des prestations que l'hôtelier fournit à ses clients a augmenté assez considérablement; en outre, le nombre des lits offerts à la clientèle n'a que peu varié au cours de ces années dont nous venons de parler. Ce désaccord entre l'offre et la demande apparaît plus fortement encore si l'on tient compte de l'accroissement des lits disponibles chez des particuliers et de l'accroissement des capitaux investis depuis 1914—1918, quoique celui-ci soit dû en grande partie à l'augmentation de l'endettement. Le tableau des nombres indices suivants illustre bien ce développement (1894 = 100)\*:

Années	Lits	Nuitées	Capitaux investis	Charges par lit	Occupation des lits
1894	100	100	100	100	100
1905	140	150	146	105	107
1912	176	176	110	92	102
1920	184	153	296	161	83
1935	188	114	313	166	60

Dans les deux dernières colonnes des valeurs relatives, apparaît on ne peut plus clairement l'impossible relation qui existe entre l'offre et la demande.

La part des frais généraux fixes par rapport à l'ensemble des frais d'exploitation a continuellement augmenté. Ils ont passé de 56,7% en 1894 à 63,6%, 68,7% et même 70,7% pour les années 1912, 1920 et 1937. Cela prouve que la structure même de ces frais exige une intensification considérable de la fréquentation et n'admet aucune diminution de celle-ci, donc encore moins de baisse des prix. Dans ces conditions, il n'est pas difficile de comprendre que l'industrie hôtelière se trouve, au point de vue de sa politique de prix, dans un état de contrainte qui est d'autant plus évident que les perspectives politiques ou économiques ne laissent entrevoir aucune possibilité d'augmenter la fréquentation de façon sensible; en outre, par suite de la diminution du pouvoir d'achat des hôtes, il faut compter encore avec une faible volonté de dépenser de leur part.

On sait que la dernière période pendant laquelle les exploitations hôtelières ont pu obtenir un rendement économique suffisant remonte à quelques années qui ont précédé la guerre de 1914. Cela nous amène aussi peu à reconnaître que les conditions dans lesquelles se faisait la concurrence à cette époque et en particulier l'incroyable chute des prix étaient devenues intenable. La Société suisse des hôteliers et spécialement les associations professionnelles locales s'efforcèrent depuis les années 1907/08 déjà d'obtenir de plus en plus

### une réglementation de la politique des prix

Rappelons simplement la participation obligatoire pour tous les membres de la Société ayant un prix de pension minimum de fr. 5,50 au Guide des hôtels et la condition d'un certain prix de pension minimum pour être admis dans la Société. En 1910, on institua un organe de contrôle, le « conseil d'honneur » qui devait veiller au maintien des prix publiés. En 1912, la loi de « pension » et de ce qu'elle comportait comme obligation envers le client fut précisée et, en 1914, on admit une certaine marge entre les prix de pension et le prix des chambres et repas.

Ces transformations successives dans la conception économique de l'hôtellerie ne permirent pas, par suite de la position individuelle de chaque hôtelier, de résister aux premiers assauts des années de guerre 1914 et 1915. Malgré un rendement économique généralement des marchandises et une diminution de la clientèle, une terrible « course aux clients » commença; celle-ci ne fut vaincue en 1916 que grâce aux sanctions prises par la Société suisse des hôteliers contre une réduction des prix. Ce n'est que grâce à la création de cartels régionaux des prix et l'introduction de la clause de nécessité dans l'hôtellerie, que la réglementation des prix put obtenir un effet réel. En 1917, le contrôle obligatoire des prix d'hôtels fut institué et les prix minima furent fixés pour les hôtels de premier ordre. La révision des statuts de 1910 donna à la Société suisse des hôteliers la compétence nécessaire pour établir, pour chaque section et membre, des principes et des tarifs minima obligatoires pour le calcul des prix. L'année 1919 vit pour la première fois la répartition des hôtels en diverses catégories et la fixation de prix minima pour les principales prestations fournies aux clients. En 1920, les prescriptions en vigueur furent codifiées en un règlement des prix minima qui a donc aujourd'hui 20 ans d'existence.

Le critère décisif qui préside à cette réglementation des prix est d'arriver à un prix acceptable. Le but de celle-ci est beaucoup plus d'empêcher un effondrement des prix, grâce à une calcul exacte, que de parvenir à un plus fort bénéfice possible. Ce but est clairement indiqué par le motto qui figure en tête du règlement des prix minima: « Sans réglementation des prix, pas de rendement possible dans l'hôtellerie ». Tout autre but était et est exclu; ceci a causé des conditions dans lesquelles évolue le tourisme.

L'hôtellerie suisse dépend énormément dans sa politique des prix de la capacité de paiement et de la volonté de dépenser de la clientèle étrangère. Or, cette capacité et cette volonté ont subi d'importantes transformations à la suite des événements politiques, économiques et monétaires, qui se sont succédé depuis 1914; en outre, l'accroissement de la concurrence dans le domaine du tourisme international a eu pour résultat

une pression toujours croissante sur les prix. Par suite de la diminution de la clientèle étrangère, cette pression ne s'est pas atténuée, mais au contraire accentuée. De son côté, la clientèle suisse utilisait de plus en plus les offres avantageuses des entreprises touristiques étrangères et profitait des facilités de voyages qui lui étaient offertes, puisqu'elle ne se heurtait à aucune prescription réglementaire sortie du pays. La pression de la concurrence internationale a donc considérablement augmenté, ceci malgré la diminution quantitative du trafic international. Notre politique des prix ne dépend pas seulement des circonstances extérieures, mais aussi des conditions de concurrence dans notre pays même, concurrence en ce qui fait de région à région, de station à station et même d'hôtel à hôtel; cette concurrence a des répercussions énormes sur la structure de nos prix. Il ne faut pas perdre de vue non plus, que nos prix sont influencés spécialement par la concurrence d'exploitations ne faisant pas partie de la Société suisse des hôteliers et par celle toujours plus forte des particuliers qui louent des chambres à des hôtes étrangers.

Les prix sont donc soumis à une forte influence et il est aisé de concevoir que l'on cherche, en ces temps de dépression, à augmenter la fréquentation de chaque maison en abaissant les prix. Mais l'utilité que peut présenter une telle politique pour un hôtelier ne dure que jusqu'à un moment inévitable — et cela ne dure pas longtemps — où ces concurrents locaux ou régionaux ont atteint le même niveau de prix que lui. Le fait qu'on n'arrive pas à une augmentation de la fréquentation a un effet néfaste sur toutes les autres entreprises et ne fait qu'accroître le danger d'une nouvelle baisse de prix; cela risque fort de se terminer par un effondrement général des prix. Du fait des frais généraux fixes très élevés qui existent pour chaque entreprise, les conséquences d'une telle politique sont incalculables. Aussi chaque hôtelier avant quel que calcul économique se gardera de procéder à une baisse des prix. Il ne voudra pas causer d'énormes dommages non seulement à son entreprise mais encore à tous les membres de sa profession.

Il est donc essentiel, surtout dans les temps troublés que nous traversons actuellement, d'empêcher tout effondrement des prix, et de tout ce qui est en ce qui concerne les hôteliers calculent leurs prix exactement. On aimerait pouvoir espérer que l'hôtelier, mettant à profit les expériences de la dernière guerre, en tirera les conséquences qui s'imposent et qu'il comprendra l'importance de la réglementation des prix. Les constatations de la Commission de réglementation des prix que nous avons publiées dans le dernier numéro de la Revue suisse des hôtels permettent, hélas, de douter de cette compréhension générale et c'est pour cela que nous croyons utile de rappeler

### Les conséquences de la politique des prix appliquée pendant et après la dernière guerre

Au cours des enquêtes préliminaires qui furent effectuées, on put constater que les prix minima de la Société suisse des hôteliers n'avaient pas suivi les fluctuations de la valeur de l'argent, c'est-à-dire les fluctuations du coût de la vie. Si l'on désigne les valeurs de 1914 par le chiffre 100, on constate que l'indice des prix de pension minima est demeuré à 100 alors que l'indice du coût de la vie a déjà passé à 163. Les augmentations de prix qui eurent lieu à partir de 1920 furent aussi insuffisantes. On trouve en effet un indice des prix qui, pour les différentes catégories d'hôtels va de 145 à 171, alors que l'indice du coût de la vie était de 224. Cette situation empêcha enfin une adaptation des prix à l'indice du coût de la vie qui, à partir de 1920, fut en forte baisse. Les premiers passèrent de 127 à 150 alors que le second était descendu à 167. Si les prix avaient été augmentés à temps dans l'hôtellerie, c'est-à-dire pendant la guerre, on aurait obtenu, malgré la fréquentation modérée, des recettes beaucoup plus intéressantes et on aurait pu aussi après la guerre, mieux adapter ces prix à la capacité de paiement et à la volonté de dépenser réduite des hôtes étrangers. Par suite de ce retard, la politique des prix de la Société suisse des hôteliers a perdu une des principales conditions de son élasticité et, par là même, un argument d'une extrême importance pour sa propagande touristique. En effet, l'impression se répandit dans le public que les prix de l'hôtellerie étaient exagérés, ce qui favorisait grandement les voyages en Suisse à l'étranger et ce qui contribua à détourner la clientèle étrangère de nos stations. La Société suisse des hôteliers fut alors obligée, dans des circonstances difficiles, d'adapter ses prix de pension minima à l'indice du coût de la vie; cela fut réalisé après 1933 et on eut alors un indice des prix de pension minima allant de 118 à 138, pour un indice du coût de la vie de 128. Depuis cette adaptation, cette adaptation qui avait été si péniblement atteinte se perd de nouveau lentement. Des prix minima inchangés et même une forte tendance à la baisse des prix se trouvent en présence d'un indice du coût de la vie qui au mois de mai 1940 atteignait déjà 148. Le développement semble se faire dans la même direction qu'au cours de la dernière guerre. Il faut en outre tenir compte du fait que les prix ont déjà subi une correction, mais une correction à la baisse, puisque les prix tendent à se rapprocher des prix minima et qu'il n'y a guère de maisons actuellement qui appliquent les prix moyens ou les prix supérieurs. Le fait que tout le poids de l'entreprise repose sur les prix minima se fait d'autant plus sentir que les prestations envers les hôtes ont augmenté et que les frais généraux se sont aussi accrûs par suite d'une augmentation

des intérêts, des capitaux investis, des impôts, etc. Or les prix demandés devraient avoir pour indice un chiffre bien plus élevé que celui de l'indice du coût de la vie, si l'on voulait qu'il y ait équilibre entre les frais et le rendement.

Il ressort donc de cela qu'il ne peut être actuellement question d'une diminution des prix, car il n'y a aucune perspective d'accroître suffisamment la fréquentation. Une telle mesure signifierait simplement que l'on est prêt à commettre les mêmes fautes qu'au cours de la dernière guerre et comme, jusqu'à aujourd'hui elles n'ont pu être corrigées, leur effet catastrophique serait encore plus considérable. C'est un fait connu que l'adaptation des prix est d'autant plus difficile que les variations de l'indice du coût de la vie sont plus fortes. Les prix supérieurs sont limités par la capacité de paiement et la volonté de dépenser du client, par le passage des hôtes des hôtels de rang supérieur dans les hôtels de rang inférieur et chez des particuliers et par la capacité de logement des hôteliers non-membres de la Société suisse des hôteliers. Les prix inférieurs, eux, sont limités par les frais fixes et par la perspective d'avoir une fréquentation plus forte.

Comme les frais de transport ont une grande influence sur la mise à exécution d'un projet de voyage, une trop forte baisse des prix serait malgré tout contrecarrée par ces dits frais de transports qui, eux, n'ont pas baissé et cette baisse n'entraînerait pas l'augmentation de fréquentation désirée. Notre politique de prix a donc à chercher sa voie entre des limites qui lui sont naturellement tracées.

### Avantages de la réglementation des prix

Ces avantages sont les suivants: Elle offre à l'hôtelier un certain appui contre les revendica-

tions trop exagérées de la clientèle, elle empêche des abus qui pourraient se produire entre les hôteliers dans la « course aux clients » et elle maintient cette concurrence dans des voies permises. Si, dans les circonstances où nous nous trouvons, elle ne peut à elle seule améliorer la situation de l'hôtellerie, elle empêche pourtant cette situation d'empirer. Sans réglementation des prix et si on laissait la clientèle opérer sans frein une pression sur ces prix, la situation serait aujourd'hui encore plus désastreuse et ne laisserait guère d'espoirs. Les désavantages que pourraient avoir la réglementation actuelle sont beaucoup plus faibles que ceux que l'on constaterait si ce règlement n'existait pas. Il est toutefois certain qu'une plus grande élasticité dans notre politique de prix serait désirable. Celle-ci ne sera malheureusement possible que lorsque le surendettement aura été réduit et que le nombre des lits offerts aura diminué.

Dans les circonstances actuelles, cela n'aurait donc aucun sens de vouloir baisser les prix ou de recommander l'abandon du règlement des prix minima. Chaque hôtelier doit avoir conscience qu'en cherchant à tourner les prescriptions réglementaires les prix minima, il fait un tort énorme à sa propre entreprise et à toute notre industrie. Il n'est de plus pas souhaitable, si on peut les éviter, d'imposer aux créanciers de nouveaux sacrifices. Baisse des prix, effondrement des prix ne représentent, aujourd'hui, pas autre chose qu'un cadeau que l'on fait à l'hôte sur le dos du créancier.

La réglementation des prix est une des conditions de l'assainissement de l'hôtellerie. Renoncer à elle équivaudrait à laisser cette industrie à son triste sort. Une hôtellerie qui ne veut pas reconnaître la nécessité d'une réglementation des prix n'a pas le droit d'implorer le secours de l'Etat pour son assainissement.

## Nouvel accord touristique entre l'Italie et la Suisse

On sait que le 1<sup>er</sup> juillet sont entrés en vigueur une série d'accords économiques destinés à régler le trafic des marchandises et les paiements entre l'Italie et la Suisse et, à côté de ces accords, on a pu conclure une nouvelle convention touristique. L'application de cette convention sera, pour le moment, limitée du fait des circonstances qui sont vraiment peu favorables au tourisme, mais une base solide a été créée pour l'avenir.

L'état actuel de nos relations touristiques était le suivant: les Suisses avaient entière liberté de se rendre en Italie, alors qu'en Italie on se bornait à nous donner des assurances d'après lesquelles le trafic touristique à destination de la Suisse rencontrerait le moins de difficultés possibles. Mais les observations formulées par les Italiens pour l'obtention des visas ou de devises fit que l'afflux des hôtes italiens qui venaient en Suisse précédemment cessa presque complètement. De nombreuses tentatives furent faites par les milieux touristiques, notamment par la Fédération suisse du tourisme pour que ces mesures soient supprimées et pour que la clientèle italienne puisse revenir chez nous; mais ces tentatives restèrent sans résultat.

Il était donc d'autant plus désirable de donner une forme plus égalitaire à nos relations touristiques entre nos deux pays qui sont unis par d'étroits liens d'amitié. Le nouvel accord tiendra beaucoup mieux compte de cette situation sitôt que des temps normaux seront revenus. En effet, ce nouvel accord est basé sur la réciprocité. A l'avenir, le courant des hôtes italiens à destination de la Suisse et celui des Suisses à destination de l'Italie dépendra l'un de l'autre et le bilan touristique devra s'équilibrer. Ainsi donc, les moyens financiers employés par les Suisses pour leur voyage en Italie seront mis entièrement à la disposition des Italiens qui voudront venir dans notre pays.

Si pour le moment, du fait de la position belligérante de l'Italie, on ne doit se borner de vains espoirs, on peut cependant estimer que les moyens financiers globaux mis à disposition pour les échanges touristiques entre les deux pays seront de 12 millions de francs. Cette somme représente un minimum qui pourra être augmenté, selon entente, lorsque les temps normaux seront revenus. Dans ce sens, le nouvel accord tend aussi à développer les relations amicales qui existent entre les deux Etats, comme on peut le constater par le préambule qui commence en ces termes « dans le but d'encourager le mouvement touristique... »

Les négociations — pas toujours faciles — qui permirent la conclusion de cet accord ont été menées du côté suisse, par M. Gafner, conseiller national, et le Dr W. Hunziker, de la Fédération suisse du tourisme. Cette convention bénéficie en outre de l'appui le plus complet de la délégation économique suisse dirigée par M. Hotz, directeur. Même si cette convention n'est que pour régler les transferts d'argent entre les deux pays et, par là, n'abolit pas complètement les autres obstacles qui entravent le trafic, elle représente pourtant un réel progrès et doit être considérée comme une contribution effective à la réorganisation future de notre tourisme international.

### Instructions provisoires concernant le paiement des documents de crédit touristiques italiens

A. Délivrance des documents en Italie

Les moyens de paiement pour voyages en Suisse, quelle soit le but de ceux-ci, sont délivrés en Italie sous forme de documents de crédit touristiques, à savoir: lettres de crédit touristiques, chèques de voyage, bons d'hôtel, bons pour voyages à forfait ou bons pour voyages collectifs. La délivrance des moyens de paiement de voyage est réservée aux organes autorisés par l'Istituto Nazionale per i Cambi con l'Estero.

Les montants consentis dans chaque cas en particulier sont les suivants:

Les personnes physiques âgées de plus de quatre ans et ayant leur domicile ou résidant à l'ordinaire en Italie ont la faculté d'acquies sans autorisation spéciale et d'emporter en Suisse au delà de la franchise réglementaire en vigueur, des moyens de paiement de voyage des catégories énumérées ci-haut jusqu'à concurrence de 600.— francs suisses par mois.

Cette mensualité de 600.— francs suisses peut être augmentée sans autorisation spéciale dans les cas suivants:

Lorsque le séjour en Suisse est d'une durée supérieure à 30 jours; lorsqu'il s'agit d'un séjour dans un sanatorium ou une station balnéaire suisses ou encore d'un séjour en Suisse dans des buts d'étude ou d'éducation; en cas d'urgence (accident, mort, maladie); lorsqu'il est prouvé que l'octroi d'une mensualité plus élevée est justifié par d'autres raisons particulières.

Les montants totaux accordés dans chaque cas, en particulier ne peuvent toutefois excéder 1.200.— francs suisses pour une période de 3 mois et 2.500.— francs suisses pour une période de 12 mois. Indépendamment de cette limitation de la délivrance dans chaque cas en particulier, des montants supérieurs à ceux indiqués ci-haut peuvent être consentis et emportés en Suisse moyennant autorisation spéciale de l'Istituto Nazionale per i Cambi con l'Estero.

### B. Réalisation des documents en Suisse

Organes préposés au paiement

Ne peuvent procéder au paiement des documents de crédit touristiques désignés sous A, que les organes dûment autorisés par l'Office suisse de compensation, d'entente avec l'Istituto Nazionale per i Cambi con l'Estero. Sont notamment appelés à fonctionner comme domiciles d'encaissement des lettres de crédit touristiques, chèques de voyage et accredités, les banques, bureaux de change des gares ou agences de voyages mentionnés comme organes payeurs sur les documents de crédit touristiques. Les bureaux de change des Chemins de fer fédéraux font aussi l'encaissement des documents de crédit touristiques non émis sur eux, ceci pour en permettre la prise en compte aussi en ce qui concerne la clôture des banques ainsi que les dimanches et jours fériés.

Mode de paiement

Afin d'empêcher que les moyens de paiement touristiques acquis ne soient affectés à d'autres buts et pour éviter tous abus, l'accord prévoit l'introduction d'un système de bons analogue à celui qui est pratiqué depuis quelques années dans les relations avec l'Allemagne. La mise en circulation de ces bons ne devant toutefois intervenir qu'au moment où l'accord aura fait ses preuves, il est en principe à fonctionner temporairement comme régime de l'échelonnement des paiements ou espérés à valoir sur les documents de crédit touristiques, soit comme suit:

un premier paiement à l'entrée en Suisse, de maximum . . . . . fr. 50.—  
un deuxième paiement au plus tôt le deuxième jour à partir du premier paiement, de maximum . . . . . fr. 100.—  
un troisième paiement au plus tôt le septième jour à partir du premier paiement, de maximum . . . . . fr. 200.—  
un quatrième paiement au plus tôt le quatorzième jour à partir du premier paiement . . . . . pour solde

Les paiements partiels peuvent être augmentés ou le montant total du document présenté peut être payé en une seule fois si preuve est faite que le bénéficiaire en a besoin. Le voyageur est tenu de produire les pièces justifiant ses dépenses supplémentaires (notes d'hôtel, etc.). Dans tous les cas, le versement du montant total qui représente le document touristique ne pourra

\* H. Golden: Strukturwandlungen des schweizerischen Fremdenverkehrs 1890—1935, Zürich 1939, page 289.

avoir lieu qu'avec l'assentiment explicite de l'Office suisse de compensation.

**Inscription dans le passeport**

Les paiements effectués doivent être inscrits dans le passeport du voyageur; cette inscription doit mentionner le montant et la date du paiement ainsi que la raison sociale et la signature de l'organe payeur. Un contrôle de l'utilisation des fonds de voyage étant effectué à la frontière à la sortie de Suisse, il est nécessaire que les voyageurs déclarent et se fassent attester à l'entrée par la Douane suisse, en franchissant la frontière, les moyens de paiement qu'ils emportent en Suisse en dehors de leurs documents de crédit touristiques et en plus de la somme admise en franchise.

**Commission**

La commission perçue par les organes payeurs, à la charge du voyageur, s'entend comme suit:  
 a) 1/2 % du montant du document de crédit touristique ou fr. 2.— au minimum en cas de paiement du total du document présenté, et 1/2 % du montant de chaque paiement effectué ou fr. 1.— au minimum en cas de paiement échelonné;  
 b) 1/4 % du montant du versement effectué, cette part revenant à l'organe payeur.

**Envoi ultérieur de fonds de voyage supplémentaires**

L'Italie autorise l'envoi ultérieur de moyens de paiement touristiques aux voyageurs d'Italie séjournant déjà en Suisse. L'inscription dont le passeport aurait sans cela été muni en Italie doit

dans ce cas y être portée par l'organe payeur suisse du document de crédit touristique en question. Les indications devant servir à cette inscription seront alors fournies à l'organe payeur suisse par l'organe émetteur italien. Cette réglementation rend superflu l'envoi préalable du passeport à l'organe émetteur italien.

**Emploi des montants encaissés**

Les montants en francs encaissés sur crédit touristique ne peuvent être employés à couvrir d'autres dépenses que celles que le voyage et le séjour justifient. Il est notamment interdit d'affecter les fonds de voyage au règlement d'engagements commerciaux, à des placements de capitaux, au paiement de primes d'assurances, à des acquisitions sortant du cadre normal des petits achats de voyage, à l'achat de billets d'entreprises étrangères de transport par rail, par eau ou par air, etc.

**Transfert en retour des montants non utilisés**

Les voyageurs sont tenus de restituer, avant leur sortie de Suisse, à l'organe suisse auprès duquel ils ont encaissé leur document de crédit touristique, les montants en espèces qu'ils n'auraient pas utilisés. Les voyageurs ont par contre la faculté de reprendre en Italie leur avoir en lires italiennes jusqu'à concurrence de la marge tolérée en franchise par ce pays, ainsi que les moyens de paiement touristiques qu'ils avaient emportés en Suisse en dehors des documents italiens de crédit touristiques et au sujet desquels ils s'étaient fait donner à leur entrée en Suisse l'attestation requise.

**Vient de paraître**

L'homme qu'il faut à la place qu'il faut, par M. Jules Klopfenstein

En une brève brochure, M. Klopfenstein rappelle avec à propos qu'aujourd'hui plus que jamais l'aphorisme anglais «the right man in the right place» devrait être appliqué comme règle de conduite. Il faut en finir avec les vieilles méthodes, dans l'hôtellerie et les industries touristiques comme ailleurs. M. Klopfenstein signale l'importance qu'aura la nomination du directeur du nouvel Office central du tourisme et démontre que l'hôtellerie doit être mieux représentée au sein de nos assemblées fédérales et cantonales. L'hôtellerie, de par son importance, a droit à une plus forte représentation. Il est temps qu'elle agisse et que l'on mette enfin les hommes qu'il faut à la place qu'il faut.

**Annonces de créances en France**

Conformément à l'arrêté du Conseil fédéral, les paiements à destination de la France et de ses colonies et des territoires dont elle assure le protectorat doivent être effectués en un compte spécial auprès de la banque nationale suisse. Il est extrêmement important pour nos autorités d'avoir une vue d'ensemble sur les créances commerciales que la Suisse peut avoir dans ces

pays, créances provenant de marchandises exportées, de faux frais ou de services rendus à la France et à ses colonies.

Le Bureau central est chargé de rechercher les créances que nos membres pourraient avoir sur ces pays et de les communiquer plus loin. C'est pourquoi nos membres sont instamment priés de nous faire connaître, au plus tard jusqu'au 3 août 1940, les créances qu'ils ont, en les séparant par régions économiques (France métropole, colonies, protectorats, mandats) et en donnant les indications suivantes:

Désignation de la marchandise ou du service rendu.

Montant de la facture et monnaie en laquelle elle est établie.

Nom et domicile du client.

Pour faciliter les travaux d'évaluation et de dépouillement, les intéressés sont priés de s'en tenir à ce schéma en donnant leurs indications.

Bureau central de la S.S.H., Bâle 2.

**„Hotelsilber“ - Reparaturen**

nur durch die

Berndorfer Werkstätten in Luzern



Auch Ihre kleinsten Wünsche schätzen wir. Bitte verfügen Sie über uns.

**Schuster**

Teppichhaus St.Gallen Zürich

In günstiger Lage in Zürich

ist gut bürgerliches, zur Zeit vollbesetztes

**Privat-Altersheim**

(10-12 Pers.), in grossem Obst- und Gemüsegarten gelegendem Hause, mit offener und geschlossener Veranda, allenthalben mit allem Inventar an solvante Interessenten abzugeben. — Offerten unter Chiffre F.H. 2835 an die Schweizer Hotel-Revue, Basel 2.



**la. Eisenholz - Kegelkugeln**

ohne oder mit bequemem Griff, sehr preiswert. Weissb. Kegel, Patentstielung, Gumminge, Gummkugeln. Bitte Preisliste verlangen. Telefon 52.98.

Ed. Liebherr, Ermatingen 9. ... aber gewiss, nur bei Inserenten kaufen!



**Das beste Geschäft**

für jeden Wirtschaftsbetrieb ist der Kaffee-Verkauf

50 g Kaffee auf 1 Liter Wasser, das gibt ein herrliches Getränk voller Kraft und Aroma.

Versuchen Sie es einmal mit Kaiser's Spezialmischung immer gleichmässig aus gewählten Sorten.

Muster gerne zu Diensten.

**KAISER'S KAFFEE-GESCHÄFT A.G.**  
 BASEL 2 Telefon 2 89 05

Ihre Speisekarte wird reicher  
 Ihr Betrieb rationeller mit



Solange Vorrat 25% Rabatt auf  
**GARTEN-, BALKON-,  
 LIEGESTÜHL-SCHIRMEN**  
 im Saison-Ausverkauf der  
 Schirmfabrik R. Lüthi, Bern  
 Bahnhofplatz - Schweizerhoflaube  
 Neuüberziehen und alle Reparaturen fach-  
 gemäss und prompt!

**SCHINDLER-AUFZÜGE  
 MOTOREN  
 GERAUSCHLOS  
 ZUVERLÄSSIG  
 DAUERHAFT**  
 SCHINDLER & LUZERN  
 AUFZÜGE & ELEKTROMOTORENFABRIK

**Schinken und Rippli  
 in Dosen  
 Wurstkonserven  
 Aufschnittwaren**

prompt und zuverlässig durch:

**WALLISELLEN**  
 Fleischwaren A.-G.  
 Telefon 932.301

**Brasserie-Restaurant**

Important établissement de la Suisse française très connu, avec forte clientèle, est à remettre pour de suite ou date à convenir. Capital nécessaire Frs 220.000.— environ. Pour tous renseignements et visiter, s'adresser sous chiffre B.R. 2637 à la Revue Suisse des Hôtels à Bâle 2.

**Vente d'un hôtel-restaurant**

Pour raison de santé, on offre à vendre l'Hôtel-restaurant du Cerf à Saint-Imier. Cet immeuble d'ancienne renommée a une contenance de 790 m<sup>2</sup> et une estimation cadastrale de Fr. 81.680.—. Pour visiter et traiter s'adresser au notaire soussigné. St-Imier, le 27 juillet 1940. Par commission: P. Schuep, not.

Zu kaufen gesucht:

ca. 20 Stühle und 5 Tische

für Konferenzzimmer.

Preisofferte mit Modellangabe unter Chiffre S. E. 2940 an die Schweizer Hotel-Revue, Basel 2.

Zu vermieten per 1. Oktober 1940

ein mittleres, schönes Restaurant  
 in Zürich, Kreis 2.

Evl. betr. Liegenschaft zu verkaufen.

Offerten an Verband der Haus- und Grundbesitzerver der Stadt Zürich, Talstrasse 15, Zürich 1.

A vendre

dans importante station du Valais, saisons d'été et d'hiver

**Hotel** avec dépendance

40 lits. — S'adresser sous chiffre H. V. 2636 à la Revue Suisse des Hôtels à Bâle 2.

**Die Wiederholung**

vervielfacht die Wirkung der Inserate!

**MITTEILUNG**

Infolge der gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse sind die Importeure gezwungen, die von ihnen benötigten Rohprodukte im voraus zu bezahlen. Wir müssen deshalb die verehrte Abnehmerchaft ersuchen, die Fakturen rein netto innert 30 Tagen zu begleichen. Abzüge irgendwelcher Art, wie Skonto, den Frankenbetrag übersteigende Rappen usw., sind nicht gestattet. Wir hoffen, die Abnehmerchaft werde unserem Begehren, das durch die heutige Lage bedingt ist, das nötige Verständn's entgegenbringen.

**ZENTRALVERBAND DER SCHWEIZERISCHEN FETTINDUSTRIE:**

«Astra» Fett- und Oelwerke AG., Steffisburg von Auw & Cie., Morges  
 Conservenfabrik Rorschach AG., Rorschach  
 Adolf Eitel, Gossau (St. G.)  
 Flad & Burkhardt AG., Zürich-Oerlikon  
 Gattiker & Cie., AG., Rapperswil (St. G.)

Kappeler & Cie., Zürich-Oerlikon  
 Hans Kaspar AG., Zürich  
 J. Kläsi, Rapperswil (St. G.)  
 E. Manger & Cie., Basel  
 Oel- und Fettwerke «Sais», Zürich  
 Randon-Friederich AG., Chêne-Bourg (Genf)

Rusterholz, Vevey  
 Schweiz. Milchgesellschaft AG. Hochdorf, Abteilung Margarine und Speisefette  
 «Schweizer-Perle» AG., Zürich  
 Speisefettwerke Vita AG., Zürich  
 Suter, Moser & Cie., AG., St. Gallen

Stucker & Zesiger, Bern  
 Stüssy & Cie., AG., Zürich  
 Ch. E. Verdun, Yverdon  
 M. Vogel & Cie., AG., Zürich-Oerlikon  
 Walz & Eschle AG., Basel  
 C. Weber-Sager, Rorschach